

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/176

Bad Godesberg, den 14. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Frequenzen und Tendenzen	118

Von Lothar Schwartz,
Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SED

3	So nicht !	22
---	------------	----

MdB Martin und der SDS

4	Sozialarbeit heute	47
---	--------------------	----

Die familienpädagogischen Freizeiter der Arbeiterwohlfahrt

5 - 6	"Gründerzeit" für Spaniens Presse	78
-------	-----------------------------------	----

Neugründungen und Pleiten
Von Hermann Deml, Madrid

* * *

Frequenzen und Tendenzen

Von Lothar Schwartz,

Rundfunkreferent beim Parteivorstand der SPD

Wetterleuchten überm Antennenwald zwischen Saar und Spree, Belt und Bodensee! Es wurde am 7. Juni d.J. durch die Verabschiedung eines neuen Landesrundfunkgesetzes an der Saar ausgelöst. Die damit gegebene - zumindest theoretische - Chance zur Einführung eines kommerziellen Fernsehens ist in den Mittelpunkt einer lebhaften rundfunkpolitischen Diskussion gerückt. Neuerdings hat auch die Landesregierung in Kiel offiziell Aufgeschlossenheit für die vor allem von der Verlegerseite ausgehenden Bestrebungen bekundet. Unter Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961, an den die Pläne des damaligen Bundeskanzlers Adenauer für ein "Deutschland-Fernsehen" gescheitert waren, wird in Saarbrücken und Kiel der Anspruch auf die privatrechtliche Nutzung von Frequenzen grundsätzlich anerkannt. Ungewiß bleiben allerdings die praktischen Möglichkeiten für einen solchen Einbruch in die öffentlich-rechtlich organisierte Funk- und Fernsehlandschaft der Bundesrepublik. Nach offizieller Lesart der Experten erscheinen diese Tendenzen zur Konzessionierung weiterer Fernsehprogramme technisch auf Sand gebaut. Beim Studium der "Expertisen" stößt man jedoch auf Widersprüche, die sich in direkter Konsultationen zu Zweifeln verdichten. Tatsächliche und vorgebliche Sachkenntnis, Wunschenken und Geheimniskrämerei, Halbwahrheiten und Kompetenzfragen vermengen sich dabei nicht nur für den Laien zu einem Irrgarten der Frequenzen und Tendenzen.

Jagd auf noch ungenutzte TV-Kanäle

Bei der Eröffnung der 25. Funk- und Fernsehausstellung in Berlin hat kürzlich Bundespostminister Dollinger erklärt, die verfügbaren Frequenzen seien durch die existenten drei Fernsehprogramme ausbuchet. In der Zukunftsperspektive ließ der Fachminister jedoch erkennen, daß dieser Situation kein Ewigkeitswert beizumessen ist. Die Experten seines Hauses rechnen in einem Zeitraum von fünf bis höchstens zehn Jahren mit der Erschließung neuer Frequenzen im Zentimeter-Wellenbereich. Sie würden die Errichtung einer Kette von neuen regionalen Sendeanstalten ermöglichen. Neben der Spekulation auf diese Entwicklung sehen die am Durchbruch zum kommerziellen Fernsehen interessierten Gruppen aber auch Chancen, schon vorher zum Zuge zu kommen. Sie haben zu einer Jagd auf bereits vorhandene, aber noch ungenutzte TV-Kanäle geblasen.

Dieses Unternehmen zielt auf die Aktivierung von Frequenzen, die bei der Stockholmer Wellenkonferenz im Jahre 1967 an die Sender "Europa I" in Saarlouis, RIAS in Berlin und an amerikanische AFN-Stationen auf dem Boden der Bundesrepublik vergeben worden sind. Dabei stößt man sich offenbar nicht daran, daß die bestehenden Auflagen für diese Frequenzen eine kommerzielle Nutzung wenig aussichtsreich erscheinen lassen. Begrenzung der Ausstrahlungsradien auf 60 bis 65 km und die beispielsweise für "Europa I" gegebene Festlegung einer bestimmten Strahlungsrichtung begrenzen das potentielle Publikum in einer Weise, daß die werbende Wirtschaft an Reklameeinschaltungen kaum interessiert sein dürfte. Um diese "Schallmauer" zu durchbrechen, wird zwischen Saar und Rhein in Geheimkonferenzen an einer anderen Variante gebastelt. Wenn

sich z.B. die Landesregierungen von Saarbrücken und Mainz einig werden und dafür auch Mehrheiten in den Landtagen finden könnten, die für künftige III. Fernsehprogramme reservierten Fernsehfrequenzen des Saarländischen Rundfunks und des Südwestfunks einer privaten Sendegesellschaft zur Verfügung zu stellen, wäre dies zweifellos schon eine interessante Operationsbasis für ein kommerzielles Programm. Die Abwehrhaltung in der Mainzer Staatskanzlei gegenüber solchen Planspielen dürfte sich mit der für 1969 vorgesehenen Ablösung des Ministerpräsidenten Altzeier durch den designierten "Kronprinzen" Dr. Kohl entscheidend abbauen.

"Feste Funkdienste"

Bei der Fahndung nach freien Frequenzen gibt es schließlich auch noch den Zielbereich der "Festen Funkdienste". In diesem bisher für militärische, flugtechnische und ähnliche fernmelde-technische Zwecke reservierten Bereich zwischen 790 und 960 MHz soll es noch Frequenzreserven geben. Undurchsichtig wie dieses Feld sind auch Vorgänge im norddeutschen Raum, wo sich eine Verlegergesellschaft für den Einstieg ins Funk- und Fernsehgeschäft mit Gutachten sowie mit Kontakten zu Staatskanzleien und Politikern präpariert.

Als erster praktischer Schritt, in die bestehende Ordnung einzubrechen, zeichnet sich hier die Möglichkeit ab, in die Hörfunkwerbung einzusteigen. Es wird von einem Angebot des Dänischen Rundfunks an die Verleger dieses Raumes gemunkelt, nach dem Modell von Radio Luxemburg von der Peripherie her Werbesendungen in den Raum Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen hineinzustrahlen. Da der NDR ebenso wie der WDR bisher auf jegliche Hörfunkwerbung verzichtet hat, würde ein solches Unternehmen mit guten Aquisitionschancen rechnen können. (Radio Luxemburg grasst auf dem deutschen Auftragsmarkt jährlich ein Werbevolumen von 30 bis 40 Millionen DM ab!) Inwieweit sich Zeitungs- und Zeitschriftenverleger bei Wahrnehmung des Angebots aus Dänemark allerdings ins eigene Fleisch schneiden würden, ist die andere Seite der Medaille. Immerhin könnte der Norddeutsche Rundfunk dieses Projekt leicht mit Einführung einer eigenen Hörfunkwerbung parieren. Möglicherweise werden die Initiatoren dieses Risiko jedoch in Kauf nehmen, um einen Pilock in der öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehlandschaft zu pflanzen. Sie könnten in dieser Aktion durchaus eine Etappe auf dem bisher erfolglos eingeschlagenen Weg zur Realisierung von Bildschirm-Ambitionen sehen.

Klare Absagen

Neben den Kirchen haben auch die Gewerkschaften und Journalistenverbände diesen seit den Vorgängen an der Saar sehr massiv gewordenen Bestrebungen eine klare Absage erteilt. Sie wenden sich mit Nachdruck gegen alle Versuche, auf Profitstreben abgestellte Funk- und Fernsehprogramme zu installieren. Sie sehen in der seit zwei Jahrzehnten bewährten öffentlich-rechtlichen Organisation unseres Rundfunkwesens die beste Gewähr für publizistische Unabhängigkeit und Niveau der Stimmen und Programme im Äther. Während es bei den Unionsparteien in Bund und Ländern einen starken Stoßtrupp für eine gegenteilige Entwicklung gibt, beziehen die zuständigen Beratungsgremien der SPD unverändert den im Godesberger Programm fixierten Standort. Dort ist ein Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Rundfunkorganisation niedergelegt.

Eine klare Mehrheit der in Rundfunkfragen zuständigen Bundesländer teilt offenbar diese Auffassung. Erkennbar ist allerdings auch, daß

die Widerstandsfront gegen ein kommerzielles Fernsehen nicht ohne Angriffsflächen und der Gefahr allmählicher Aufweichung ausgesetzt ist. Dazu trägt nicht zuletzt die Unsicherheit in der Beurteilung der technischen Situation und ihrer möglichen Veränderungen bei. Es ist jedenfalls eine Erfahrungstatsache, daß neue technische Möglichkeiten auf Dauer nicht ungenutzt bleiben. Es wäre deshalb an der Zeit, daß das Bundespostministerium eine offizielle Darstellung über eventuell vorhandene freie Frequenzen und über die absehbare Entwicklung auf diesem Sektor gibt. Die bisher vorliegenden Äußerungen aus dieser Quelle lassen die wünschenswerte Klarheit leider noch vermissen.

Anlaß zur kritischen Selbstprüfung

Für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollten die Vorgänge in Saarbrücken und Kiel und ihre Folgeerscheinungen Anlaß zur kritischen Selbstprüfung sein. Der politische und außerparlamentarische Widerstand gegen kommerzielle Programme, die bei ihrer Finanzierung ausschließlich auf Werbeeinnahmen angewiesen und damit sicherlich Einflüssen und Niveauverlusten ausgesetzt wären, wird nämlich so stark und so aussichtsreich sein wie die Funktionsfähigkeit, Integrität und Attraktivität unseres gegenwärtigen Rundfunkwesens. Es gibt in letzter Zeit erfreuliche Anzeichen, daß dieser Zusammenhang in den Funkhäusern besser begriffen und endlich auch in Aktionen umgesetzt wird.

+ + +

So nicht !

MdB Martin und der SDS

sp - Der CDU-Abgeordnete Martin hat den Verlauf des Kongresses des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) zum Anlaß genommen, die eifrigen Diskutierer als Leute zu klassifizieren, die "am Rande; wenn nicht jenseits unserer Verfassung" stünden. Wir haben keinen Grund, den SDS und das, was auf seinen Kongressen gesagt wird, zu rechtfertigen oder gar zu entschuldigen. Wir haben aber alle Ursache, Herrn Martin zu sagen: Wer sich jungen Menschen nicht stellt, verzichtet auf sie.

Der SDS ist eine verschwindende Minderheit im Verhältnis zur Gesamtheit der deutschen Studentenschaft. Wir wissen, daß in diesem Verband viele unausgesprochene Gedanken geäußert werden. Das alles kann uns jedoch nicht veranlassen, diese Minderheit in einer Weise zu verdächtigen, die praktisch einer Drohung mit dem Staatsanwalt gleichkommt.

Wir wissen nicht, ob der CDU-Abgeordnete Martin als Zwanzig- oder Fünfundzwanzigjähriger stets Gedanken geäußert hat, die mit denen der älteren Generation konform waren. In seinem Interesse hoffen wir, daß dies nicht der Fall ist. Wir meinen jedoch, daß der demokratische Staat aufrichtig und stark genug sein muß, um auch dann auf die Drohung mit dem Staatsanwalt verzichten zu können, wenn junge Menschen glauben, sie sähen und wüßten alles besser als ihre Väter.

+ + +

Sozialarbeit heute

Die Familienpädagogischen Freizeiten der Arbeiterwohlfahrt

AW. - Während der zurückliegenden Ferienzeit hatten sich in baden-württembergischen, nordrhein-westfälischen und schleswig-holsteinischen Heimen der Arbeiterwohlfahrt größere oder kleinere Gruppen von Familien zu jeweils dreiwöchigen Urlaub zusammengefunden. Zu einem Urlaub besonderer Art: diese Familien nahmen an "Familienpädagogischen Freizeiten" teil. So nennen Fachleute Ferienaufenthalte für Eltern und Kinder, in deren Verlauf die Teilnehmer ein festes Programm erwartet.

Diese Programme sind zwar reichhaltig, sie belassen aber den Familien dennoch genügend Zeit zur freien Verfügung, für die Teilnehmer sind es ja Ferienwochen, die sie auskosten wollen. Entweder belegen die Programmveranstaltungen nur wenige Stunden des Tages, oder sie finden nur an jedem zweiten oder dritten Tag statt.

Was sehen nun die Programme im einzelnen vor? Im Vordergrund steht das Miteinander der Eltern und Kinder: Gemeinsame Gesellschaftsspiele, gemeinsames Singen und Musizieren, gemeinsames Basteln, gemeinsame Ausflüge und Wanderungen, gemeinsames Vorbereiten kleiner Festlichkeiten, gemeinsames Feiern. Daneben haben die Eltern Gelegenheit, Referate zu hören (zu Themen wie "Die Familie ist anders geworden - Von der patriarchalischen zur partnerschaftlichen Gesellschaftsordnung", "Die Bedeutung von Vater und Mutter in der Familie", "Pflichten in Staat und Familie", "Schulschwierigkeiten", "Sexuelle Aufklärung der Kinder") und an Gesprächen oder Diskussionen teilzunehmen (z.B. über Erziehungsfragen, über Bücher für Kinder, über die Situation der Frau zwischen Ehe und Beruf).

Familienpädagogische Freizeiten wollen also Anregungen für das Miteinanderleben in der Familie vermitteln. Muß denn "Familienleben" erst gelernt werden - auch von Eltern? Ist es für sie nicht die einfachste Sache der Welt, mit ihren Kindern zu leben, sie zu erziehen, mit ihnen zu spielen und Ferien zu machen? Anscheinend nicht; denn viele Eltern sind der Ansicht, daß Wilhelm Buschs sachlich-verschmitzte Feststellung "Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr" auch dann stimmt, wenn man statt des Wortes "Vater" das Wort "Eltern" setze. Die Menschen müssen sich in die Eltern-Rolle erst hineintasten. Das gilt vor allem für die jungen Eltern unserer Zeit. Für sie ist es besonders schwierig, sich in dieser Rolle zurechtzufinden. Das ist nicht verwunderlich. Sie müssen sich ja nicht nur mühsam auf die Wahrnehmung der Eltern-Pflichten einstimmen (das mußten alle Eltern-Generationen vor ihnen auch), sie müssen besagte Pflichten übernehmen in einem gesellschaftlichen Klima, das sich fürs Familienleben als nicht besonders gedeihlich erwiesen hat. Die Unrast des modernen Lebens, die harten Anforderungen des Berufs, der Einfluß der Massenmedien - dies alles und viele andere Gegebenheiten, mit denen unsere Gesellschaft leben muß, machen es gegenwärtig jungen Menschen schwerer denn jemals zuvor, sich selbst zu Eltern zu erziehen und ein Familienleben zu gestalten.

Angesichts dieser Entwicklung sieht die Arbeiterwohlfahrt eine ihrer Aufgaben darin, vor allem jungen Eltern im Rahmen der Familienpädagogischen Arbeit Hilfestellung anzubieten. Die Familienpädagogischen Freizeiten sind ein solches Angebot.

"Gründerzeit" für Spaniens Presse

Neugründungen und Pleiten

Von Hermann Deml, Madrid

Das Gespenst der Pressekonzentration, das nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Frankreich, Österreich und Italien umhert, schlägt einen weiten Bogen um Spanien, jenes europäische Land, das gegenwärtig einen Zeitungssboom erlebt, der an die berühmte Gründerzeit erinnert.

"Bild" auf Spanisch und Frauenzeitung

Seit dem 8. September hat Spanien eine "Bild-Zeitung", die das Hamburger Vorbild bis ins letzte Detail nachempfunden. Es ist das "Nuevo Diario", von FESA-Verlag herausgegeben, der dem katholischen Laienorden "Opus Dei" untersteht und das Abendblatt "El Alcázar" herausbringt. Für wenigstens eine Million Dollar wurde in Madrid ein nagelneuer 18-stöckiger Verlags-Wolkenkratzer ("Edificio Azul") gebaut. "Nuevo Diario", ein achtseitiges Blatt im Großformat, Schwarz-Rot-Druck und Layout à la "Bild-Zeitung", kam mit 50.000 Exemplaren erstmals auf die Straße. Herausgeber José-Luis Gebrián-Boné entlieh auch sein Vokabular vom Springer-Konzern: "Seid nett zueinander" und "nichts Menschliches ist uns fremd".

Auch der linke Falange-Flügel wartete nicht länger und zog zwei Tage später mit dem "Diario-SP" gleich, das auf das Korrespondentennetz der Wochenzeitung SP (Verlagsort Madrid und Mexico-City) zurückgreift und nach den Worten seines Leiters, Rodrigo Royo, "ein Zwischending von Le Monde und New York Times" als erste Offset-Zeitung Spaniens werden soll. Madrid hat nunmehr zehn Tageszeitungen, darunter ein Sport-Blatt. Damit nicht genug, sollen sogar die Frauen bald ihre eigene Tageszeitung bekommen, das "Diario Femenino", das mit 20.000 Exemplaren gleichzeitig in Madrid und Barcelona gestartet werden soll.

Von New York nach Madrid

Auch der Verleger der spanischsprachigen New Yorker Tageszeitung "El Tiempo", Stanley Ross, will in Madrid eine Europa-Ausgabe seines Blattes aufziehen, die durch Teletype-Setzmaschinen mit der New Yorker Zentrale verbunden ist und die Herstellung des gleichen Blattes an zwei verschiedenen Druckorten ermöglicht. Ross, von exilkubanischen Kreisen als "Strohmann Batistas" bezeichnet, will den Spaniern das Wasser abgraben, vornehmlich dem "Diario Regional" aus Orense, das mit seiner Luftpost-Dünndruckausgabe über eine Million Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Frankreich, den Benelux-Ländern, der Schweiz, Großbritannien und Skandinavien erreicht.

Auflagenzahlen streng geheim

Spaniens Geschäftswelt ist sauer. Noch immer versuchen die Verleger ihre Auflagezahlen als eine Art Staatsgeheimnis zu behandeln. Eine freiwillige Auflagenkontrolle, in der Bundesrepublik seit Jahren von der IVW wahrgenommen und bewährt, beginnt sich in Spanien erst allmählich durchzusetzen; das Kontrollbüro OJD steckt noch in den Kin-

derschuhen, weil mannigfaltige psychologische Widerstände bei den Verlegern überwunden werden müssen.

Tageszeitungen und Fernsehen

Die 24 vor dem 8. September in Spanien herausgebrachten Tageszeitungen bringen täglich 2,5 Millionen Exemplare an den Leser, wie das Informationsministerium erklärt. Die Geheimniskrämerei der Verleger hat dazu geführt, daß sie von allen Werbeaufwendungen nur noch 45 Prozent auf die Tagespresse vereinigen können, also im Jahr sieben Milliarden Peseten (60 Pts. = ein Dollar). Der Staat, der das Fernsehen betreibt, kam den Verlegern entgegen und hob die Tarife für Fernseh-Werbespots um durchschnittlich 14 Prozent an. Ein 15-Minuten-Spot kostet jetzt zwischen 15.000 und 90.000 Peseten. Mancher Werbetreibende, so kalkuliert man im Informationsministerium, wird von diesen hohen Preisen abgeschreckt und lieber von den Insertionsmöglichkeiten der Tagespresse Gebrauch machen. In diesem Zusammenhang wird bekannt, daß sich Spanien noch nicht endgültig für die Übernahme des deutschen Farbfernseh-Verfahrens PAL entschieden hat, denn auf der Pyrenäenhalbinsel wird es frühestens in drei Jahren bunte Mattscheiben geben. Die Fernsehgewaltigen von Prado del Rey bei Madrid wollen zunächst einmal abwarten, wie sich PAL und SECAM bewähren, ehe sie sich für das eine oder andere System aussprechen.

Keine Staatssubventionen mehr

Am 15. April kam in Madrid die "Spanish Times" als zweite englischsprachige Tageszeitung in Spanien mit einer Erstauflage von 30.000 Stück heraus. Auch einige Platten blieben den Spaniern nicht erspart: das "Diario de Pontevedra" ging wegen Auflagenschwundes ein, und das von zwei Großbanken gestützte erste wirtschaftliche Tagblatt Spaniens, "3E", verschwand am 18. Juli aus dem Blätterwald. Der Expansion sind allerdings Grenzen gesetzt, weil es in Spanien an Journalisten fehlt und der Journalistenberuf, als chronisch unterbezahlt, nur wahre Idealisten anzieht, die auch in Iberien immer seltener werden. Die Falange-Presse sucht seit Monaten verzweifelt 15 Redakteure. Die "Gründerzeit" findet damit ihre Grenzen in einem Land, das nach Portugal die niedrigsten Einzelverkaufspreise für Tageszeitungen aufweist (2 Pfg.) und das eine Fernsehgebühr als einziges Land Europas nicht kennt.

Nicht wenige Auguren glauben, daß die nächsten Jahre für Spaniens Zeitungen einen Ausleseprozeß einleiten werden, der zu ähnlichen Erscheinungen führt, wie in anderen europäischen Staaten. Seit 1966 sind die früheren Staatssubventionen für Zeitungen übrigens weggefallen. Verleger und Journalisten müssen sich um ihr Leserpublikum bemühen; der echte Konkurrenzkampf ist eröffnet.